



Zivilschutz

Organisation des Zivilschutzes

Am 17. Juni 1997 erklärte der Grosse Gemeinderat das Postulat betreffend Zivilschutz (vgl. Beilage) erheblich. Darin wird der Stadtrat beauftragt, „die Organisation des Zivilschutzes grundlegend zu überprüfen und Bericht zu erstatten, wie diese zweckmässig und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Auflagen reorganisiert werden kann“.

In seinem Bericht zur Frage der Erheblicherklärung des Postulats hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass die Zivilschutzorganisation (ZSO) der Stadt St.Gallen im Rahmen der Zivilschutzreform 95 letztmals auf den 1. Januar 1995 grundlegend reorganisiert worden ist. Damals wurde deren Sollbestand um 40 % reduziert, und es wurden besondere Formationen für den Einsatz in Katastrophensituationen gebildet.

Seither befindet sich der schweizerische Zivilschutz in einer weiteren grundlegenden Phase des Umbruchs:

1 Aufgaben und bisherige Entwicklung des Zivilschutzes**1.1 Vom Schutz vor kriegesischen Ereignissen zur Bewältigung von Katastrophen und anderen Notlagen**

Entstanden als Antwort auf die Erfahrungen aus zwei Weltkriegen und die durch den kalten Krieg geprägte weltweite Entwicklung, insbesondere durch das Aufkommen von Massenvernichtungswaffen, ist der Zivilschutz in der Schweiz seit 1959 verfassungsmässig verankert (heute in Art. 61 BV). Massgebend war die damalige Erkenntnis, dass ein gut ausgebauter Zivilschutz einen entscheidenden Beitrag zum Schutz der Bevölkerung im Falle machtpolitischer Auseinandersetzungen zu leisten vermag und die Widerstandsfähigkeit des neutralen Landes gegenüber Druck- und Erpressungsversuchen erheblich stärkt.

Für den Zivilschutz in der Schweiz waren die Jahre nach 1990 von grosser Bedeutung. Als Folge des Ende der achtziger Jahre eingetretenen tiefgreifenden politischen und militärischen Wandels haben Bundesrat und Parlament die Sicherheitspolitik einer grundlegenden Überprüfung unterzogen. Auf den Sicherheitsbericht 90 folgte 1992 das neue Zivilschutz-Leitbild, und drei Jahre später trat die Gesetzgebung des Bundes zur Zivilschutzreform 95 in



Kraft. Seitdem leistet der Zivilschutz neben dem klassischen Schutz der Bevölkerung vor kriegesischen Ereignissen vor allem einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und anderen Notlagen. Diese Erweiterung des Auftrags hatte wesentliche Auswirkungen auf die Bereiche Organisation, Ausbildung und Ausrüstung im Zivilschutz. Die Gemeinden verfügen seither mit ihren Zivilschutzorganisationen über ein polyvalentes und rasch einsetzbares Schutz-, Hilfs- und Rettungsinstrument für die Bewältigung von verschiedensten Notlagen.

1.2 Gesetzlicher Auftrag

Der Zivilschutz bezweckt „den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten und trägt zur Bewältigung solcher Ereignisse bei“ (Art. 2 Bundesgesetz über den Zivilschutz vom 17. Juni 1994). Gemäss diesem nach wie vor gültigen gesetzlichen Auftrag obliegen dem Zivilschutz im Einzelnen folgende Aufgaben:

- Information, Alarmierung, Schutz und Betreuung der Bevölkerung im Wohn-, Arbeits- und Pflegebereich
- Rettung und Hilfeleistung in Zusammenarbeit mit anderen dafür vorgesehenen Organisationen
- Sanitätsdienstliche Versorgung von Patienten in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitswesen, privaten Organisationen und dem Sanitätsdienst der Armee
- Unterstützung bei der Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung schutzsuchender Personen
- Unterstützung der Behörden bei der Leitung der Nothilfemassnahmen
- Schutz von Kulturgütern.

1.3 Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinde

Im Bereich Zivilschutz obliegen dem Bund vor allem Konzeption und Gesetzgebung, Forschung und Entwicklung sowie die Erarbeitung und Bereitstellung von Grundlagen. Daneben bildet der Bund das höhere Kader aus, beschafft das standardisierte Material und leistet Beiträge an öffentliche Schutzbauten.

Der Kanton regelt vor allem Belange der Ausbildung, der Alarmierung, des Kulturgüterschutzes sowie der Erstellung und Finanzierung von Bauten sowohl für die Bevölkerung als auch für die Zivilschutzorganisationen. Er legt auch die Formationen der Zivilschutzorganisation sowie deren Sollbestand fest.

Der föderalistisch aufgebaute Zivilschutz wird vor allem von den Gemeinden getragen, die in erster Linie für den Schutz ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, der Kulturgüter, für Hilfeleistungen und für die Sicherstellung der technischen Infrastruktur zuständig sind. Die nachfolgende Aufstellung gibt eine Übersicht über die derzeitige Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Pflichten der Hauseigentümer:



BEREICH	BUND	KANTONE	GEMEINDEN	HAUSEIGENTÜMER
Allgemeine Aufgaben	Konzeption und Gesetzgebung Überwachung des Vollzugs Forschung und Entwicklung Erarbeitung und Bereitstellung von Grundlagen	Vollzug der Bundesvorschriften Regelung der nachbarlichen und regionalen Hilfeleistung	Umsetzung der von Bund und Kanton angeordneten Massnahmen Schutz für die Bevölkerung Bildung einer Zivilschutzorganisation (ZSO) Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der (ZSO)	--
Ausbildung	Höhere Kader im Eidgenössischen Ausbildungszentrum Instruktoren/-innen (Instruktorenschule) Ausbildungsunterlagen	Mittlere Kader Steuerung der Wiederholungskurse Grundausbildung von Mannschaft und unterem Kader (Kanton SG)	Einteilungsrapport für alle Schutzdienstpflichtigen Wiederholungskurse	--
Material und Ausrüstung	Beschaffung des standardisierten Materials	Zuteilung des vom Bund beschafften Materials an die Gemeinden	Lagerung, Unterhalt, Verwaltung des zugeteilten Materials Beschaffung von Ergänzungsmaterial	--
Öffentliche Schutzbauten und Kulturgüterschutzräume	Projektgenehmigung Finanzieller Beitrag	Projektkontrolle Festlegung von Ort und Dringlichkeit Steuerung des Schutzraumbaus	Erstellen der notwendigen Schutzbauten Unterhalt	--
Pflichtschutzräume	--	--	--	Bau, Ausrüstung und Unterhalt durch Hauseigentümer

2 Weiterentwicklung des Zivilschutzes in Richtung „Bevölkerungsschutz“

2.1 Geforderte Neuausrichtung in den Bereichen Zivilschutz und Feuerwehr

Bereits wenige Jahre nach der Reform von 1995 stand der Zivilschutz vor einer weiteren Neuausrichtung: Auf Initiative des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) begannen in der zweiten Hälfte 1998 die Vorbereitungen für eine Neustrukturierung des Bereiches Zivilschutz. Verschiedene Gründe, vor allem aber die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in und um Europa und die Verknappung der finanziellen Mittel der öffentlichen Hand bedingten eine Neubeurteilung der Aufgabenteilung zwischen Armee, Zivilschutz und den Feuerwehren. Im April 1999 kündigte das vom VBS beauftragte „Kernteam Bevölkerungsschutz“ für die kommenden Jahre wesentliche Umwälzungen in den Bereichen Zivilschutz und Feuerwehr an, welche darauf abzielen, die vorhandenen Kräfte so zu redimensionieren, dass die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet bleibt, unnötige Doppelspurigkeiten jedoch vermieden werden. Dies bedeutet insbesondere, dass die Bestände im Zivilschutz stark reduziert werden und vorhandene Synergien zwischen Feuerwehr und Zivilschutz genutzt werden sollen. Die vom Bund eingeleitete neuerliche Reform hat vor allem



die noch stärkere Ausrichtung des Zivilschutzes auf die Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen zum Ziel.

Parallel dazu verabschiedete die Regierungskonferenz für die Koordination des Feuerwehres im Februar 1999 eine zukunftsgerichtete Konzeption für das schweizerische Feuerwehrewesen. Dieses „Feuerwehr 2000 plus“ genannte Konzept fordert eine Regionalisierung des Feuerwehres mit dem Ziel, den Einsatz durch optimale Nutzung von Synergien - wo vorhanden unter Einbezug von Berufsfeuerwehren - professioneller, effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Unter anderem postuliert dieser Bericht, die als Teile des Bevölkerungsschutzes verbleibenden Mittel des bisherigen Zivilschutzes unter Berücksichtigung der Kostentransparenz zu kantonalisieren und auf die bereits vorhandenen Mittel von Polizei, Feuerwehr und weiteren Einsatzorganisationen abzustimmen. Ferner wird empfohlen, Feuerwehr und verbleibende Teile des Zivilschutzes auf Gemeindeebene unter ein Kommando zu stellen.

2.2 Vorarbeiten auf Stufe Bund und Kanton zum Konzept Bevölkerungsschutz

Der Bund hat im August 1996 eine breit abgestützte Studienkommission für strategische Fragen eingesetzt. Unter anderen sollte die Frage beantwortet werden, mit welchen strategisch relevanten Entwicklungen und Risiken die Schweiz in den nächsten 20 bis 25 Jahren konfrontiert sein wird. Das Ergebnis wurde im Februar 1998 als „Bericht Brunner“ veröffentlicht. Dessen wesentliche Erkenntnis war, dass ein konventioneller bewaffneter Konflikt zur Zeit unwahrscheinlich und nur mit einer mehrere Jahre dauernden Vorwarnzeit denkbar ist.

Im Juni 1999 erschien der sicherheitspolitische Bericht 2000 des Bundesrates. Nach dessen Leitmotiv „Sicherheit durch Kooperation“ ist der Bevölkerungsschutz - unter einer gemeinsamen zivilen Führung - als Verbundsystem der fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz konzipiert und wird primär auf Katastrophen und Notlagen ausgerichtet. Der Zivilschutz bildet eine Partnerorganisation in diesem Verbundsystem.

Nach zwei Vernehmlassungsrunden bei den Kantonen und den Partnerorganisationen erschienen im Mai 2000 die Eckwerte (Leitlinien) für den Bevölkerungsschutz. Ende Februar 2001 veröffentlichte der Bundesrat den Entwurf zum Leitbild Bevölkerungsschutz. Dieses wurde, zusammen mit dem Entwurf der neuen bundesrechtlichen Grundlagen (Bevölkerungsschutzgesetz), von Mai 2001 bis Ende Juli 2001 in die Vernehmlassung gegeben. Die parlamentarische Behandlung soll in der Frühlingssession 2002 im Nationalrat und in der Sommersession 2002 im Ständerat stattfinden; die Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes ist auf den 1. Januar 2003 geplant.

Der Kanton St.Gallen hat die Entwicklung auf Bundesstufe aufmerksam verfolgt und war in diversen Bundesarbeitsgruppen vertreten. Der Kanton hat am 26. September 1999 eine kantonale Arbeitsgruppe gebildet, in der die Stadt St.Gallen durch zwei Mitglieder vertreten war. Diese hat die Umsetzung des Bevölkerungsschutzes auf kantonale Verhältnisse studiert und Vorschläge erarbeitet. Der entsprechende Bericht wurde im März 2001 der Presse vorgestellt.



Derzeit ist im Kanton St.Gallen die Bildung von Bevölkerungsschutzregionen im Gange. Es geht dabei um die Optimierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen.

3 Folgerungen im Hinblick auf die Anforderungen des zukünftigen Bevölkerungsschutzes

3.1 Neuausrichtung der städtischen Zivilschutzorganisation (ZSO)

Der Stadtrat ist gewillt, möglichst viele Massnahmen, die den absehbaren, zukünftigen Regelungen von Bund und Kanton entsprechen und der derzeitigen Gesetzgebung nicht widersprechen, schon jetzt laufend umzusetzen. Dabei gilt es, die Entwicklung auf Stufe Bund und Kanton aufmerksam zu verfolgen, um später nicht zu Änderungen gezwungen zu werden.

Nach Ansicht des Stadtrates soll die zukünftige städtische Zivilschutzorganisation eine Milizorganisation sein, welche in der Stadt bei Katastrophen und Notlagen die ordentlichen, in der Katastrophenorganisation zusammengefassten Einsatzkräfte aus Polizei, Feuerwehr, Stadtwerke usw. schnell mit gut ausgebildeten, gut ausgerüsteten und schnell abrufbaren Formationen ergänzt. Getreu dem Motto, alles umzusetzen, was möglich ist, wurden die Aktivitäten auf Gebieten, die vorwiegend den Schutz vor kriegesischen Ereignissen bezwecken, eingeschränkt und statt dessen Voraussetzungen zur Verstärkung von Polizei und Feuerwehr in ausserordentlichen Lagen geschaffen (nachfolgend und in Kapitel 4 werden die wesentlichsten Schritte beschrieben).

3.2 Je nach Bedrohungsart unterschiedliche Grundanforderungen an den Zivilschutz

Die Bevölkerung ist zu schützen vor den Auswirkungen einerseits von Katastrophen und Notlagen, andererseits von bewaffneten Konflikten. Zwischen diesen beiden vom Zivilschutz zu bewältigenden Fällen bestehen grundlegende Unterschiede bezüglich Bereitstellung und Umfang der erforderlichen Mittel sowie den zu erledigenden Aufgaben.

Katastrophen sind räumlich begrenzt und ereignen sich in der Regel plötzlich, während ein Krieg die ganze Schweiz, wenn nicht gar ganz Europa betrifft und erst nach einer Vorwarnzeit ausbricht.

Daraus folgt, dass die Mittel, welche für die Bewältigung von Katastrophen benötigt werden (KATA-Formationen), stützpunktartig, allenfalls regional, bereit gestellt werden müssen. Die KATA-Formationen müssen innert kürzester Zeit einsatzbereit sein und ihre Hilfeleistung aus dem Stand erbringen können. Grundbedingungen dafür sind ein funktionierendes Alarmierungssystem, die rasche Verfügbarkeit der Einsatzkräfte, die Einsatzbereitschaft des Materials sowie ein permanent hoher Ausbildungsstand.

Demgegenüber steht für die Erreichung der Einsatzbereitschaft im Kriegsfall Zeit zur Verfügung (Vorwarnzeit). Somit muss heute bezüglich Ausbildung (Kader), Administration, Material



und Bauten lediglich ein Mindeststand aufrechterhalten werden, der das Erreichen der vollen Einsatzbereitschaft während der Vorwarnzeit sicherstellt.

3.3 Zielsetzungen für die zukünftige ZSO St.Gallen

Grundsätzlich geht es darum, die in Art. 2 ZSG allgemein formulierten Aufträge des Zivilschutzes so zu konkretisieren und zu präzisieren, dass die ZSO in der Lage ist, die Bedürfnisse der Stadt St.Gallen zur Verstärkung der ordentlichen Kräfte vor allem im Fall von Katastrophen und Notlagen optimal abzudecken.

Dabei sollen in der ZSO St.Gallen die nötigen Anpassungen im Hinblick auf die von Bund und Kanton geplante Revision des Zivilschutzes so weit wie möglich schon jetzt vorgenommen werden, ohne die zu erwartende Gesetzgebung vorwegzunehmen. Bis heute wurden verschiedene, in diese Richtung zielende Massnahmen bereits realisiert, angefangen mit der Zusammenfassung von Feuerwehr und Zivilschutz unter einer gemeinsamen Leitung, der Rekrutierung und Ausbildung spezieller KATA-Detachemente bis hin zur gemeinsamen Erfüllung der Zivilschutzaufgaben zusammen mit benachbarten Gemeinden im Rahmen der Regionalen Zivilschutzorganisation St.Gallen und Umgebung (RZSO).

Die im Rahmen der geltenden Gesetzgebung von Bund und Kanton vorhandenen Freiräume sollen auch in Zukunft gemäss nachfolgenden Leitideen, die sich am Konzept Bevölkerungsschutz 200X orientieren, konsequent ausgenutzt werden.

Einerseits soll die bis anhin hohe Einsatzbereitschaft der ganzen Zivilschutzorganisation für kriegerische Ereignisse auf ein Minimum verringert werden. Gleichzeitig sind Voraussetzungen zu schaffen, die es bei einer Änderung der politischen Lage erlauben, die für den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von bewaffneten Konflikten erforderliche hohe Bereitschaft innert nützlicher Frist wieder zu erlangen.

Dies wird sichergestellt, indem

- die heutigen Bestände bis zum Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz belassen und administrativ verwaltet, jedoch nicht ausgebildet und nicht zu Dienstleistungen aufgeboten werden.
- die vorhandenen Zivilschutzanlagen in ihrer Substanz erhalten, aber nur minimal erneuert werden (langlebige Einrichtungsgegenstände).
- bis auf weiteres keine neuen Anlagen für die Zivilschutzorganisation mehr gebaut werden.
- das vorhandene Material gewartet, aber nur soweit als unbedingt notwendig erneuert wird.
- das Schutzplatzbauprogramm im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bis zur Erreichung des gesetzlich vorgeschriebenen Ziels, "Jedem Einwohner ein Schutzplatz", weiter ausgebaut wird.
- die Substanzerhaltung der bestehenden Schutzräume durch periodische Kontrollen sichergestellt wird.
- die räumliche Verteilung der entstehenden Schutzplätze über das „Verfahren Ausgleichsgebiete“ gesteuert wird.



Andererseits geht es darum, dass die Kräfte aus Stadtpolizei, Feuerwehr und anderen Teilen der Stadtverwaltung in der bestehenden Katastrophenorganisation zusammen wirken mit dem Ziel, ausserordentliche Lagen zu meistern.

Dies wird erreicht, indem

- die mutmasslich notwendigen Kräfte aufgrund einer (ortsbezogenen) Risikoanalyse für die Stadt St.Gallen festgelegt werden.
- die bestehende KATA-Organisation bezüglich Führung, Mittel und Ausbildung auf einem einsatzbereiten Stand gehalten wird.
- die einzelnen Aufgaben für die Stadtpolizei, die Feuerwehr, für andere Teile der städtischen Verwaltung und auch für private Unternehmen immer wieder überprüft und neu definiert werden.
- dem Zivilschutz selbst spezielle Aufgaben zugewiesen werden und die dafür zugeschnittenen Formationen gebildet, ausgerüstet und ausgebildet werden.

Überschneidungen sind zu vermeiden und Synergien zwischen den Partnerorganisationen sind auszunützen. Regionale Zusammenarbeitsformen sollen weiter angestrebt werden.

4 Realisierte Teilschritte in der ZSO St.Gallen

4.1 Bildung von KATA-Formationen

Nach dem Grundsatz: „Für jede Aufgabe eine gut ausgerüstete, gut ausgebildete und schnell einsetzbare Formation“ wurden im Laufe der letzten Jahre folgende KATA-Aufgaben mit Formationen aus dem Zivilschutz abgedeckt:

- Betreuung von Obdachlosen und Evakuierten
- Unterstützung der Feuerwehr (sogenannte Rettungspioniere)
- Übermittlung (Telefonbau)
- Verteilung von Jodtabletten (bei AKW-Unfällen)
- Führungsunterstützung und Medienbetreuung.

Als Beispiel für eine KATA-Formation kann das „Detachement Unterkunft“ dienen.

Die ursprünglich als Sanitätshilfsstelle für den Kriegsfall ausgebaute Anlage „Schellenacker“ wurde bereits vor 1997 zur Betreuung von Obdachlosen und Evakuierten bereitgestellt. Aufgrund der beim Brand Lustgartenstrasse Nr. 7 (23. Juni 1997) gemachten Erfahrungen wurde eine Formation aus Zivilschutzpflichtigen (AdZS) gebildet, welche jederzeit in der Lage ist, 30 Minuten nach Alarmauslösung in dieser Anlage bis zu 100 Personen zu betreuen. Die Anlage Schellenacker ist während des ganzen Jahres einsatzbereit und besonders ausgerüstet.

Die Anlage wird erfahrungsgemäss jährlich etwa einmal gebraucht, letztmals beim Brand der Halle 7.

Einzelheiten über Organisation und Aufgaben der gebildeten KATA-Formationen gehen aus



Anhang II hervor.

4.2 Planung Ausgleichsgebiete

Die Stadt St.Gallen verfügt bei ca. 70'000 Einwohnerinnen und Einwohnern über Schutzplätze für ca. 55'000 Einwohner und Einwohnerinnen. Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden war die städtische Baustruktur bereits zum Zeitpunkt des Beginns des Schutzraumbaus in den 60er Jahren vorhanden. Dennoch gibt es in der Stadt Quartiere, in denen mehr Schutzplätze vorhanden sind als Einwohner. Ziel der ausgearbeiteten „Planung Ausgleichsgebiete“ ist es, die noch fehlenden 20 % Schutzplätze dort zu bauen, wo sie effektiv benötigt werden. Zu diesem Zweck wurden die bebaubaren Gebiete in vier Gruppen eingeteilt. Wo heute schon zu viele Schutzplätze bestehen, kann die Schutzraumbaupflicht nach Art. 6 der Verordnung über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz (BMV, SR 520.21) durch Zahlung einer Ersatzabgabe erfüllt werden. In Gebieten mit grossem Schutzraum-Defizit werden in Zusammenarbeit mit Privaten öffentliche Schutzplätze erstellt (Vergrösserung ohnehin geplanter Schutzräume bei Neubauten), die nach Art 7 BMV aus den Ersatzabgaben finanziert werden. Die entsprechende Planung für das Gebiet der Stadt St.Gallen wurde am 3.11.1998 durch den Stadtrat genehmigt.

Die Ersatzabgaben können laut Art. 2 Abs. 3 BMG erst dann für andere Zivilschutzaufgaben verwendet werden, wenn alle öffentlichen Schutzbauten erstellt sind. Die vorliegenden Gesetzesentwürfe zum Bevölkerungsschutz 200X sehen auch für die Zukunft eine entsprechende Schutzraumpflicht vor. Die Ersatzabgaben dürfen auch zukünftig ausschliesslich für Bau und Unterhalt der Schutzbauten verwendet werden.

4.3 Anlagenunterhalt

Die verschiedenen bestehenden Zivilschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen (Anhang I) müssen auch in Zukunft gewartet werden. Der Unterhalt dieser Anlagen erfordert Kontinuität, die dadurch gewährleistet wird, dass dieselben Anlagewartende ihre Anlagen immer wieder betreuen. Für diese Aufgabe ist der Einsatz von Arbeitslosen, wie vom Postulanten angeregt, wenig geeignet.

Der Anlagenunterhalt und die gemäss EG zum ZSG, Anhang 8, Ziffer 5.2.5 vorgeschriebene periodische Schutzraumkontrolle sind derzeit die einzigen Tätigkeiten, bei denen heute noch Dienstage zur Vorbereitung auf kriegerische Ereignisse geleistet werden (vergleiche auch Grafik zu Ziffer 4.6).

4.4 Regionalisierung

Ausserordentliche Lagen und Katastrophen sind in der Regel lokal beschränkt. Deshalb drängt sich die Zusammenarbeit in der Region auf. Die Stadt St.Gallen bildete deshalb zusammen mit den Gemeinden Gaiserwald (seit 1.1.99), Eggersriet (seit 1.10.99) und Untereggen (seit 1.1.2000) die Regionale Zivilschutzorganisation St. Gallen und Umgebung. Sie übernimmt gegen Entgelt auch die administrativen Aufgaben der Zivilschutzstelle der angeschlossenen Gemeinden. Die Stadt ist offen dafür, auch noch mit anderen Gemeinden in der



Umgebung ähnliche Zusammenarbeitsregelungen zu treffen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Gemeinde Gaiserwald konnte ein durch die Gesetzgebung vorgeschriebener Sektorkommandoposten, der ursprünglich in Winkeln geplant war (ca. 2 Mio. Franken), eingespart werden, indem die Stadt St.Gallen und die Gemeinde Gaiserwald die kombinierte Zivilschutzanlage Abtwil gemeinsam nutzen.

4.5 Verkauf des Zivilschutzausbildungszentrums Waldau

Im Zivilschutzausbildungszentrum Waldau wurde ursprünglich im Auftrag des Kantons die Grundausbildung aller Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS) der Bezirke St.Gallen und Gossau durchgeführt (EG zum ZSG Art 2). Diese ist heute für den ganzen Kanton in Bütschwil konzentriert. Für die Ausbildung der KATA-Formationen benötigt die RZSO St.Gallen und Umgebung das Ausbildungszentrum nicht mehr. Der Verkauf des Zivilschutzausbildungszentrums Waldau an den Kanton auf den 1.1.2001 zur Unterbringung der Fachhochschule St.Gallen, Fachbereich Technik, ist eine befriedigende Lösung. Im städtischen Zivilschutzamt konnten dadurch sechs Stellen abgebaut werden.

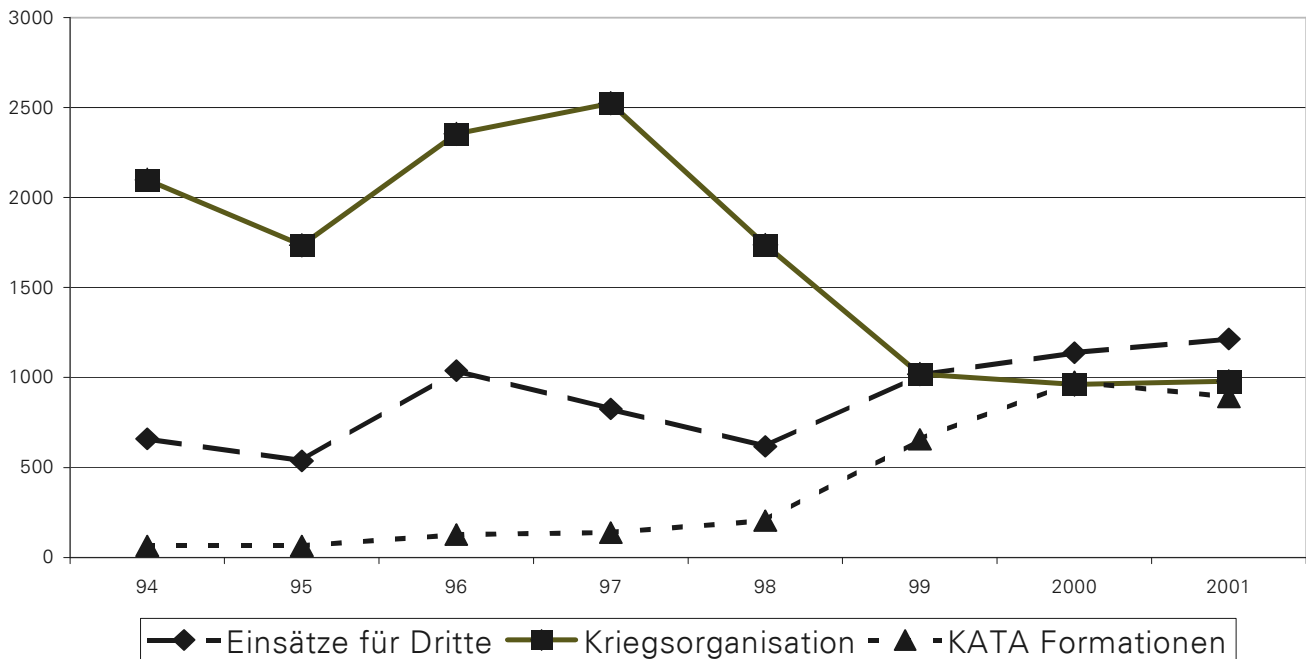
4.6 Ausbildung in der RZSO St.Gallen und Umgebung

Die RZSO St.Gallen erfasst derzeit administrativ etwa 6'500 zivilschutzpflichtige Personen. Davon sind heute weniger als 500 in den KATA-Formationen eingeteilt und entsprechend ausgebildet. Für die zukünftige Planung kann davon ausgegangen werden, dass gemäss geplanter Gesetzgebung in der Stadt St.Gallen noch gut 1'000 Personen zivilschutzpflichtig bleiben werden. Die übrigen AdZS sollen ausgemustert und aus dem ZS entlassen werden. Die etappenweise Entlassung von Schutzdienstpflichtigen aus der Zivilschutzdienstpflicht ist auf Weisung von Bund und Kanton derzeit im Gange.

Diese Neuausrichtung braucht zwar weniger, dafür aber besser ausgebildete AdZS. Es ist nicht damit zu rechnen, dass in Zukunft in der RZSO St.Gallen und Umgebung weniger Ausbildungsbedarf als heute anfallen wird, weil die Neuausrichtung im Wesentlichen bereits vollzogen ist. Die Grafik zeigt die Verlagerung der Dienstage von kriegsorientierter zu katastrophenorientierter Ausbildung.



Geleistete Dienstage



Die RZSO St.Gallen und Umgebung leistet nach wie vor Dienste zugunsten der Öffentlichkeit, sofern damit ein Ausbildungseffekt verbunden ist. So hat die RZSO den Waldkorporationen in und um St.Gallen, aber auch in Vättis, bei der Bewältigung der Schäden aus Stürmen und Lawinen durch den Einsatz von Rettungspionieren geholfen. Zu erwähnen sind ferner die Übermittler, welche zugunsten der Organisation des Open Air jeweils ein Feldtelefonnetz aufbauen und betreiben und die Angehörigen der Führungsunterstützung, welche als Fahrzeugdisponenten für Open Air und TIXI Erfahrungen sammeln. Derartige Einsätze sind eine gute Gelegenheit zur praktischen Arbeit.

Derzeit besteht Unklarheit darüber, inwieweit im zukünftigen System Bevölkerungsschutz der Sanitätsdienst aus dem Zivilschutz gebraucht wird. Es ist noch nicht angezeigt, die derzeitigen Sanitätsformation der ZSO aufzulösen. Im gleichen Zusammenhang dient der Einsatz zugunsten des Vereins TIXI der Ausbildung von Fahrern und Behandlungs- und Pflegehilfen, die im Umgang mit den Behinderten wertvolle Erfahrungen sammeln können. Bei einer im Rahmen der Reorganisation 200X wahrscheinlichen Aufhebung des Sanitätsdienstes dürfte diese für den Verein TIXI sehr wichtige Unterstützung entfallen.

4.7 Zusammenlegung von Feuerwehr und Zivilschutz

Auf den 1.1.1999 wurden Feuerwehr und Zivilschutz unter eine gemeinsame Leitung gestellt. Diese Organisation entspricht damit jetzt schon weitgehend den Forderungen des eidgenössischen Berichtes „Feuerwehr 2000 plus“.

Mit dieser Massnahme soll gewährleistet werden, dass im Zuge des kommenden Bevölkerungsschutzes ein modular aufgebaut System aus Miliz- und Berufskräften entsteht, das als Ganzes bei Grösstereignissen eingesetzt werden kann. Bei kleineren Ereignissen kann



jeweils diejenige Zusammensetzung von Kräften aufgeboten werden, die zur Bewältigung des konkret vorliegenden Ereignisses am besten geeignet ist. Die jetzige Organisation hat sich bereits bewährt. Das gemeinsame Kommando führt dazu, dass Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

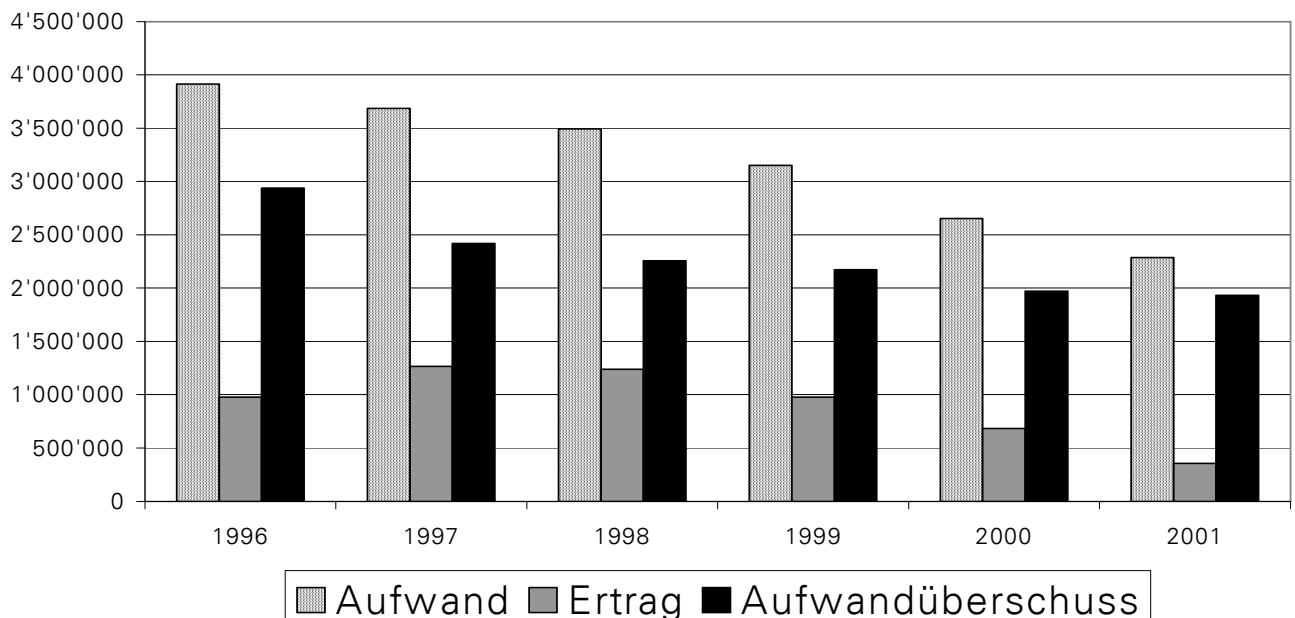
Kernelement im System zum Schutz der Bevölkerung vor natürlichen und technischen Gefahren bleibt in der Stadt die Berufsfeuerwehr, die bei allen Ereignissen als Ersteinsatzelement zum Zuge kommt. Sie wird je nachdem ergänzt durch Mittel aus der Milizfeuerwehr oder dem Zivilschutz. Die Berufsfeuerwehr dürfte in Zukunft an Bedeutung gewinnen, da die Bereitschaft, milizmässig Dienst zu leisten, in der heutigen Gesellschaft eher im Abnehmen begriffen ist. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Stadt St.Gallen auch auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu verschiedenen Zusammenarbeitsformen mit den umliegenden Gemeinden bereit ist. So bestreitet zum Beispiel die Stadt für die Gemeinde Untereggen den Feuerwehrdienst.

5 Kosten

Die Kosten im Zivilschutz sind durch die gesetzlichen Vorschriften seitens Bund und Kanton weitgehend vorgegeben. Sie stehen in direkter Abhängigkeit zu den gesetzlichen Vorschriften von Bund und Kanton.

Im Rahmen der geschilderten Neuausrichtung der städtischen Zivilschutzorganisation konnten seit 1997 aber Einsparungen erzielt werden.

Finanzielle Entwicklung seit 1996



Über die zukünftige Kostenentwicklung kann Folgendes gesagt werden: Im Rahmen der



neuen Aufgabenteilung von Bund, Kanton und Gemeinden im Bevölkerungsschutz ist mit weiteren Einsparungen zu rechnen. Diese dürften allerdings nicht mehr hoch sein, da in der Stadt St.Gallen bereits jetzt wesentliche Änderungen realisiert worden sind. Diese haben zu einer Reduktion des Aufwandüberschusses von rund einem Drittel geführt.

6 Ausblick

Auf Bundesebene ist vorgesehen, die neue Gesetzgebung zum Projekt Bevölkerungsschutz auf den 1.1.2003 in Kraft zusetzen. Darauf folgt die kantonale Anschlussgesetzgebung.

Insbesondere die Ausführungsgesetzgebung des Kantons zum Bevölkerungsschutz wird zeigen, inwieweit eine Zusammenführung bezüglich Finanzierung und Administration von Feuerwehr und Zivilschutz möglich sein wird. Für die Feuerwehr gilt heute eine spezielle Finanzierungsregelung, deren Haupteinnahme durch die Feuerwehrabgabe gewährleistet wird. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich daran bereits im Rahmen der erwähnten Anschlussgesetzgebung im Jahre 2003 Wesentliches verändern wird.

Mit den in der ZSO St.Gallen realisierten Teilschritten, die sich an den Konzepten „Feuerwehr 2000 plus“ und „Bevölkerungsschutz“ orientieren, hat die Stadt St.Gallen bereits jetzt wichtige organisatorische Voraussetzungen geschaffen. Für die Umsetzung der im Hinblick auf den Bevölkerungsschutz 200X geplanten Gesetzesrevisionen sind keine grundlegenden neue Änderungen mehr zu erwarten.

Insbesondere die Zusammenlegung der beiden Dienststellen Feuerwehr und Zivilschutz ist eine zukunftsgerichtete Ausgangsbasis für eine noch effizientere Zusammenarbeit dieser beiden an der Katastrophenbewältigung beteiligten Organisationen.

Die Stadt St.Gallen ist im gesamten Bereich Bevölkerungsschutz offen für eine weitergehende Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden.

7 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom Bericht „Organisation des Zivilschutzes“ wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat „Zivilschutz“ wird als erledigt vom Protokoll abgeschrieben.

Beilagen:

Postulat vom 18.03.1997

Anhang I (mit Beilagen 1-3)

Anhang II

